

Teurer Bürokratenstreich

Zu den Artikeln „Grüne und Linke kritisieren Landrat“ und „Plötzliche Wende im Zubringer-Streit“ (TAGEBLATT vom 3. und 4. Februar) schreibt Eberhard Busselt, Kirchweg in Buxtehude:

Die BBG/FWG will den vollwertigen Anschluss Buxtehude-Mitte nach wie vor. Sie unterstützte schließlich die IG-Rübker Straße schon bei ihrer Gründung 2009 und dabei bleibt es auch.

Viele Bürger verstehen die „Wende“ im Buxtehuder Rat zum K 40-Ausbau nicht. SPD und BBG/FWG mussten leider pro forma für eine korrigierte Weiterführung der bisher völlig unzumutbaren Planungen stimmen. Der neue Sachstand wurde im Artikel von Karsten Wisser ausführlich erklärt. Es muss erst eine gerichtsfeste Entscheidung gegen den Ausbau der Rübker Straße her, damit überhaupt ein Anschluss Buxtehudes möglich bleibt. Dazu muss erst das Planfeststellungsverfahren Rübker Straße abgeschlossen werden. Danach kann geklagt werden. Erst wenn – wie zu erwarten – die Entscheidung gegen den Ausbau Rübker Straße fällt, kann die kleine Umgehung 2a geplant werden, weil diese das EU-Vogelschutzgebiet berührt. Ein teurer und Zeit fressender Bürokratenstreich – oder eine Provinzposse?

Der Urheber: Landrat Roesberg. O-Ton im Stader Kreishaus: „Entweder die Stadt Buxtehude trägt die Planungen zum Ausbau der Rübker Straße (K 40) zum Autobahnzubringer mit, oder der Kreis stellt die Planungen ein – basta“. Das ist Erpressung (und noch mit Erfolg) und Entmündigung der Buxtehuder Ratsleute nach Gutsherrenart. Anmaßend und undemokratisch, gegen die Mehrheit der Buxtehuder. Unglaublich.

Ein vorzeitiges Ende des Planfeststellungsverfahrens würde bedeuten: Die Hansestadt Buxtehude ohne A 26-Ab- und Zufahrt und damit nicht zuletzt ohne gute Entwicklungsfähigkeit der noch freien Gewerbeflächen. Auch die Hansestadt Stade hat noch etwas frei. Mit guter Zufahrt (nicht durch Stadtgebiet). Ein Schelm, der Böses dabei denkt Noch etwas zum Denken? Stichwort „Estetrog“ oder „Hafen“